

Dresdner Neueste Nachrichten

Bezugspreise: Bei freier Zustellung ins Haus 2,00 RM.
einfach, Abonnement monatlich 2,00 RM. einfach, 4,37 Pf. Postabföhren
(hierzu 36 Pf. Zustellungsgeb.). Kreisverbandab.: Für die Woche 1,00 RM.
Einzelnummer 10 Apf., außerhalb Groß-Dresden 15 Apf.

mit Handels- und Industrie-Zeitung

Schriftleitung, Verlag und Hauptgeschäftsstelle: Dresden-U, Ferdinandstraße 4

Anzeigenpreise: Grundpreis: Die 1-spältige mm-Zeile im An-
zeigenteil 14 Apf., Stellengefuge und private
Familienanzeigen 6 Apf., die 29 mm breite mm-Zeile im Zeitteil 1,10 RM.
Nachlass nach Maßstab 1 über Mengenschaffel 2. Briefeschriftr für Ziffer-
anzeigen 30 Apf. einschl. Porto. Zur Zeit ist Anzeigenpreisliste Nr. 2 gültig.

Postanschrift: Dresden-U, 1. Postfach • **Fernruf:** Ortsverkehr Sammelnummer 24601, Fernverkehr 27981-27983 • **Telegr.:** Neueste Dresden • **Berliner Schriftleitung:** Berlin W. 35, Villiersstr. 4a; **Fernruf:** Kurfürst 9361-9366
Postleit: Dresden 2060 — Nichtverlangte Einsendungen ohne Rückporto werden weder zurückgesandt noch aufbewahrt. — Im Falle höherer Gewalt oder Betriebsstörung haben unsre Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Entgelts.

Nr. 169

Donnerstag, 22. Juli 1937

45. Jahrgang

Unterhaus gegen Palästinateilung

Kompromiß zwischen Regierung und Parlament — Sowjetrussische Flieger über die Pyrenäengrenze nach Valencia befördert

Japanischer Fünfjahrsplan

Sonderberichterstatter der Dresdner Neuesten Nachrichten

■ Tokio, 22. Juli. (Durch United Press)

Die Tagung des japanischen Parlaments, das am Dienstag zusammentritt, wird für die Zukunft des Landes von entscheidender Bedeutung sein. Sie hat sich vor allem mit dem großen Fünfjahrsplan zu beschäftigen, der Japan, Manchukuo und Korea zu einem einheitlichen Wirtschaftsbund zusammenzuschließen soll. Es handelt sich um das größte Projekt, das jemals von Japan unternommen wurde, werden doch die Ausgaben dafür auf nicht weniger als 10 bis 15 Milliarden Yen geschüttet. Die Ausbringung macht eine „Steuereform“ erforderlich, die weitreichende Opfer von allen Kreisen der Bevölkerung erfordert wird. Nach wenn der Regierung selbst sich auf „nur“ 4 bis 5 Milliarden belässt und der Rest von der Welt von der Steuer getragen werden muss. Vor allem ist zu berücksichtigen, daß auch die laufenden Ausgaben für das Heer und die Marine hohe Ansprüche an den Steuerzahler stellen. Die Haltung des Parlaments ist unter diesen Umständen im voran nicht feststellbar.

(Siehe auch den Bericht im Wirtschaftsteil)

Englisch-japanische Aussprache verschoben

Telegramm unseres Korrespondenten

A. London, 22. Juli

Die Aussprache der Verhältnisse im Fernen Osten zwangs England ausshend, aus der formalen Ressentiment heraus, die es bisher zu wahren versucht. Auf eine Unterhausanfrage erklärte eben gestern, solange die gegenwärtige Zone in Nordchina andauerte, erschien es ihm nicht angebracht, in die englisch-japanischen Verhandlungen einzutreten, denen seine Regierung bisher gern entgegengetreten habe. (Diese Verhandlungen waren, wie erinnerlich, bereits seit einiger Zeit geplant. D. Schrift.)

Die „Times“ nehmen heute in einem Beitrag die Aussprache auf und greifen dabei bezeichnenderweise schlicht Japan wegen seines „Zwischenfalls“ an.

(Siehe auch die Meldung auf Seite 2)

Die mutmaßliche Ursache der „Hindenburg“-Katastrophe

■ Washington, 22. Juli

Die Auswertungsabteilung des Wirtschaftsministeriums veröffentlicht jetzt auf Grund des Beschlusses des „Hindenburg“-Untersuchungsausschusses den endgültigen Bericht über die mutmaßliche Ursache des Unglücks.

Es wird darin erklärt, daß wahrscheinlich elektrisch entzündete Funken eine Mischung von freiem Wasserstoff und Sauerstoff entzündet haben. Man nimmt an, daß die Zellen 4 und 5 oder deren unmittelbare Nachbarschaft undicht waren, so daß sich im oberen Heckteil die gewünschte Mischung in beträchtlicher Mengen bildete. Der Bericht weist auf die elektrische Ladung der Wasserstoffzelle infolge des feuchten Wetters hin und hält es nicht für ausgeschlossen, daß die abgeworfenen Landungswaffen in den vier Minuten, die zwischen dem Erdkontakt und dem Ausbruch des Feuers folgten, verantwortlich zu sein scheinen.

Die Theorie einer Sabotage hält der Bericht für nicht erwiesen. Alle Möglichkeiten seien untersucht worden, einmal eine direkte Einwirkung, nämlich das Ansetzen eines Brandgeschosses, ferner die Anwendung eines starken elektrischen Hochstroms, sowie der Kontakt einer Hindernismischung durch einen Blitzeinschlag, zum anderen die Möglichkeit einer inneren Einwirkung, darunter die Explosion einer Bombe oder einer Sprengmine. Bis her liegen für keine dieser Theorien Beweise vor. Im Verlaufe der Untersuchung wurden insgesamt 97 Personen vernommen.

Von außändiger deutscher Seite wird hierzu mitgeteilt, daß die eingehenden und weitreichenden Untersuchungen der vom Reichsminister der Luftfahrt, Generalfeldmarschall Göring, eingesetzten Kommission noch nicht abgeschlossen sind. Wie bereits gemeldet, erledigen sich diese Arbeiten insbesondere auch auf Laboratoriumsversuche in der Technik-Elektrischen und Elektrotechnischen Versuchsanstalt Gräfelfing bei München, in der Deutschen Versuchsanstalt für Luftfahrt in Aeronautik und bei dem Luftschiffbau Zeppelin. Das Ergebnis wird hierüber noch berichtet werden.

Neue Untersuchung beschlossen

Die Regierung setzt nur mit großer Mühe die Genehmigung zur Weitergabe des Plans nach Genf durch

Telegramm unseres Korrespondenten

A. London, 22. Juli

Die Heindseligkeit des Unterhauses gegen den Teilungsplan für Palästina, die womöglich noch die Oberhöhe übertrifft, hat in der gestrigen Aussprache die Regierung zu einem Kompromiß gezwungen. Der Antrag der Labour Party auf Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses vor Weitergabe der englischen Vorschläge an den Völkerbund, ist zwar nicht angenommen worden, die Regierung muhte jedoch angesichts der Stimmenlage des Hauses danach sein für einen Vermittlungsvorschlag Winston Churchill, der eine neue, zunächst nicht näher umschriebene Untersuchung zwischen die Behandlung des Plans durch den Völkerbund in Genf und die spätere Ausarbeitung der Einzelheiten in London einleitet. Selbst dieser Antrag wurde erst angenommen, nachdem Lloyd George ihn in einer Form abgeschwächt hatte, in der die unverbindliche Haltung des Hauses zu dem Grundzweck der Teilung noch deutlicher zum Ausdruck kam. Erst nachdem die Regierung sich hiermit einverstanden erklärt hatte, erhielt sie mit allen gegen drei Stimmen die Genehmigung des Unterhauses für die Vorlage des Reichstages, das den britischen Plan enthält, beim Völkerbund in Genf.

Das Unterhaus hatte gestern einen „arrosen Tag“. Die Bände der Abgeordneten waren bis zum letzten Platz gefüllt, und auf den Galerien drängte sich eine zahlreiche Zuhörerschaft. Die Aussprache wurde mit einer Rede des Kolonialministers

Ormsby-Gore eröffnet, der den Teilungsplan verteidigte. Er erklärte: Die Engländer hätten niemals während des Weltkriegs Palästina den Arabern versprochen. Auf der anderen Seite sei den Juden in der verabschiedeten Balfour-Eklärung auch nicht angelobt worden, daß sie ganz Palästina bekommen sollten. Verpflichtet sei ihnen lediglich worden, ein jüdisches Nationalheim in Palästina, und das bedeutete etwas ganz anderes. Der Kolonialminister legte dann dar, daß die 1919 getroffene Mandatsregelung von Palästina außerordentlich revisionistisch sei. In diesem Zusammenhang mache er folgende sehr interessante und wichtige Bemerkung:

„Es liegt im Interesse des Völkerbundes, daß Verbündete und internationale Verbündete, wenn sie durch die Tatsache als veraltet ersehen, revidiert werden können und sollen.“

Es zeigte sich aber sehr bald, daß die Stimmlage des Hauses dem Teilungsplan sehr wenig gunstig war. Die Arbeiterpartei sprach sich unumwunden gegen ihn aus, und auch der liberale Oppositionsredner Sir Archibald Sinclair nannte die englischen Vorschläge ein gefährliches Experiment. Die weitere Debatte ergab, daß auch in der konservativen Partei Bedenken bestanden, ob der Teilungsplan vorhanden war. Winston Churchill erklärte, er könne dem Vorschlag im Augenblick nicht zustimmen. Er meinte dann, um die Situation zu retten und um die Regierung vor einer Niederlage zu bewahren, den erwähnten Kompromißvorschlag, der schließlich auch angenommen wurde.

„Nichteinmischung“ auf französisch

Enthüllungen über den Transport französischer Fremdenlegionäre nach Spanien

■ Berlin, 22. Juli

Der „Wölfliche Beobachter“ ist in der Lage, festzustellen und durch eindeutiges Tatsachenmaterial zu belegen, daß im vergangenen Monat ein starkes Kontingent französischer Fremdenlegionäre an die spanisch-sowjetische Front geschickt worden ist.

Das Blatt berichtet:

„Ein am 8. Juni 1937 mit dem Passagierdampfer „Marshall Poincaré“ im Marsella Hafen eingetroffener, etwa 800 Mann starke Transport von französischen Fremdenlegionären, der in einem außerhalb der Stadt gelegenen Lager untergebracht wurde, ist nicht – wie nunmehr seitens – nach Syrien abgegangen, sondern an die rotspanische Front verschickt worden. Es hatte damals bei den anstößigen Augenzeugen der Ausladung Verwunderung erzeugt, daß es sich bei diesem Transport nicht um einen geschlossenen Truppenverband handelte, sondern um Legionäre, die die Abzeichen verschiedener Regimenter und Battalions trugen. Da die Truppen, die ihre Waffen mit sich führten, in einem geschlossenen Lager untergebracht wurden, lag aber die Vermutung nahe, daß hier ein neues französisches Fremdenlegionär batallion für Syrien zusammengestellt werden sollte, zumal auch dementsprechende Erklärungen abgegeben worden waren. Die Verhältnisse, die besonders in hohen Volksfrontkreisen umstehen, daß nämlich der Fremdenlegionärstransport in Wirklichkeit nach Spanien verschickt wurde, werden jetzt durch die Aussagen eines Legionärs aus dem 2. Bataillon des 2. Fremdenlegionärregiments, das in Melilla (Spanisch-Marokko) stationiert ist, einwandfrei belegt.“

Nach seinen Angaben ist am 8. Mai beim Kommandantenappell, zu dem auch sämtliche Offiziere antreten muhten, ein Regimentsschrei verlesen worden, in dem die Legionäre aufgerufen wurden, sich freiwillig zu melden, um in Spanien an der Seite der Kommunisten zu kämpfen. Von seiner Kompanie hätten sich etwa 50 Mann gemeldet. Auch von den anderen Kompanien habe etwa die gleiche Zahl der Ausforderung Folge geleistet.

Die betreffenden Legionäre des 2. Bataillons wurden später mit Automobilwagen nach Tafalbana und dort an Bord des Dampfers „Marshall Poincaré“ gebracht. Vor der Abfahrt aus Tafalbana sind an die Mannschaften Gasmasken, eiserne Rationen und ...“

Verbandskost ausgegeben worden. Am 8. Juni ist der Dampfer in See gegangen. Nach Anstrengungen von Offizieren waren 80 Legionäre an Bord des Schiffes, jedoch habe man bei der Mannschaft behauptet, daß die Zahl auf 30 Offiziere und 800 Legionäre beziffert würde. Genaue vier Stunden nach der Abfahrt gelieferten sich zwei französische Torpedoschiffe, von denen der eine den Namen „Le Terrible“ trug, zu diesem Transport und begleiteten ihn bis Marokko. An Bord ist man der Ansicht gewesen, daß der Passagierdampfer in Wirklichkeit einen anderen Namen trage, und daß man die Bezeichnung „Marshall Poincaré“, die erst vor kurzem am Rumpf des Schiffes aufgemalt zu sein schien, nur zum Zwecke der Geheimhaltung gewählt habe. Bereits während der Fahrt waren die Legionäre fiktivmäßig ausgerüstet. Die Kapitäne wußten mit Sicherheit, daß die spanischen Geschütze keinesfalls eine Bedrohung Gibraltar darstellen könnten. Am übrigen erklärte Lord Cranborne, liege es nicht im Interesse Englands, über diese Geschütze im gegenwärtigen Augenblick sich ausführlich zu verbreiten. In gleicher Zeit tauchten ernste Gerüchte auf über eingehende und sehr freundliche Versprechungen, die hinter verschloßenen Türen zwischen Befehlshabern Englands und Vertretern General Franco geschlossen worden waren. Bestätigt hier ein Zusammenhang?

Vor dem Krieg waren allerlei deutsche Snobs sehr stolz, wenn sie irgendeine Sache oder Ware, die sie einnahmen, als „quite English“ sehr englisch bezeichneten. Heute würde man über derartige formelle Sätze in Deutschland nur lächeln. „Quite English“ aber war die Aufforderung, die in England wegen der Kanonen von Gibraltar entstand und der sich auch die Führer der Labour Party nicht entzogen, obwohl sie sonst gar nicht sehr „militärisch“ sind. Seitdem Franco aber langsam die Oberhand in Spanien gewinnt, treten sie von Tag zu Tag kriegerischer auf und möchten am liebsten jedes Handels Schiff, das zu ihren roten Freunden nach Valencia oder Barcelona fährt, durch ein drastisches Schlachtschiff besiegen lassen. Und diese britischen Schlachtschiffe dürfen nur den einen Befehl haben, zu schließen und immer wieder zu schließen, sobald „Intrusen“-Schiffe anlaufen. Es gibt merkwürdige Mutationen in der Politik. Und grundlegende Positionen wandeln sich über Nacht in militärische Befehle. Leider heute als morgen die Männer in einem heiligen Krieg gegen die verbündeten „Faschisten“ schließen möchten. Am Ende würden sie allerdings dafür sorgen, daß sie persönlich dem Heldentum nicht allzu nahe kommen.

Dies nur nebenbei. „Quite English“ aber ist der Standpunkt, daß die britischen Kanonen in Gibraltar „all right“ sind, daß spanische Kanonen auf spanischem Boden in der Umgebung von Gibraltar über einen außerordentlich gefährlichen Aufschlag auf den Frieden dastehen, wofür Franco unbedingt verpflichtet ist, aber englischen Regierung Rechenschaft zu geben. Warum und wieso eigentlich? Hat England, als es, wie der Marinestabschef des „Daily Telegraph“ dieser Tage ausführlich darlegte, seine Besitzungen in Gibraltar von einem Jahr zum andern mehr ver-

U-Boote – Kanonen – Festungen

Die englische Sensationspresse hat wieder einmal keine Mäuse geschenkt. Mehrere Stunden lang stand London gestern nachmittag unter dem Eindruck, im Kanal habe sich ein schwerer deutscher englischer Zwischenfall ereignet. Ein geheimnisvolles deutsches U-Boot sei plötzlich an der britischen Grenze von einem wachsamen englischen Kreuzer entdeckt worden. Ein Londoner Abendblätter erzählte mit allen nur denkbaren Einzelheiten, wie das U-Boot angefordert wurde, aufzutauen, wie sich der Kommandant weigerte, es zu tun und wie er dann mit Gewalt zum Auftauen gezwungen wurde.

Das Ganze war eine schone und aufregende „story“ (Fabelgeschichte), wie die angelsächsischen Journalisten zu sagen pflegten. Niemand war an ihr auch nicht ein einziger Mensch beteiligt. Da das Unterhaus gerade eine Sitzung abhielt, konnte die Angelegenheit zum Glück sofort geklärt werden. Trotzdem lädt dieser kleine „Zwischenfall“ auf einen gefährlichen Nervenzustand derer hin, die solche Berichte verbreiten und der, die ihnen ohne weiteres Glauben schenken. Das Ganze erinnert stark an die Psychose der verschiedenen Mattofolktrien vor dem Krieg.

Wurden die englischen Abendblätter gestern durch ein deutsches U-Boot in Schrecken versetzt, so haben andere Kreise plötzlich gefährliche Geschäftsfestungen auf nationalsozialistischem Boden an der spanischen Küste in unmittelbarer Nähe von Gibraltar festgestellt.

In der großen Unterhausbeteiligung, die der Reden Edens zu Beginn der Woche folgte, haubten die Churchill als Familienfeinde auf. Das Blatt des Herzogs von Marlborough, eines Ahnen der Churchill, der im spanischen Erbfolgekrieg als Feldherr Englands auf dem Kontinent kämpfte, rums in den Adern der Briten. Mit Schrecken sah der junge Randolph Churchill zwölf spanische Haubigen „droben“ auf die britische Mittelmeerküste gerichtet, und berichtete umgehend seinem Vater, der das Unterhaus auf diese „unheimliche Tatsache“ aufmerksam machte und die Regierung fragte, was sie zu tun gedachten.

Unterstaatssekretär Cranborne hat die Churchill zu beruhigen versucht, und die Marinevertreter der großen englischen Zeitungen bemühen sich seitdem, nachzuweisen, daß diese spanischen Geschütze keinesfalls eine Bedrohung Gibraltar darstellen könnten. Am übrigen erklärte Lord Cranborne, liege es nicht im Interesse Englands, über diese Geschütze im gegenwärtigen Augenblick sich ausführlich zu verbreiten. In gleicher Zeit tauchten ernste Gerüchte auf über eingehende und sehr freundliche Versprechungen, die hinter verschloßenen Türen zwischen Befehlshabern Englands und Vertretern General Franco gemacht worden waren. Besteht hier ein Zusammenhang?

Vor dem Krieg waren allerlei deutsche Snobs sehr stolz, wenn sie irgendeine Sache oder Ware, die sie einnahmen, als „quite English“ sehr englisch bezeichneten. Heute würde man über derartige formelle Sätze in Deutschland nur lächeln. „Quite English“ aber war die Aufforderung, die in England wegen der Kanonen von Gibraltar entstand und der sich auch die Führer der Labour Party nicht entzogen, obwohl sie sonst gar nicht sehr „militärisch“ sind. Seitdem Franco aber langsam die Oberhand in Spanien gewinnt, treten sie von Tag zu Tag kriegerischer auf und möchten am liebsten jedes Handels Schiff, das zu ihren roten Freunden nach Valencia oder Barcelona fährt, durch ein drastisches Schlachtschiff besiegen lassen. Und diese britischen Schlachtschiffe dürfen nur den einen Befehl haben, zu schließen und immer wieder zu schließen, sobald „Intrusen“-Schiffe anlaufen. Es gibt merkwürdige Mutationen in der Politik. Und grundlegende Positionen wandeln sich über Nacht in militärische Befehle. Leider heute als morgen die Männer in einem heiligen Krieg gegen die verbündeten „Faschisten“ schließen möchten. Am Ende würden sie allerdings dafür sorgen, daß sie persönlich dem Heldentum nicht allzu nahe kommen.

Dies nur nebenbei. „Quite English“ aber ist der Standpunkt, daß die britischen Kanonen in Gibraltar „all right“ sind, daß spanische Kanonen auf spanischem Boden in der Umgebung von Gibraltar über einen außerordentlich gefährlichen Aufschlag auf den Frieden dastehen, wofür Franco unbedingt verpflichtet ist, aber englischen Regierung Rechenschaft zu geben. Warum und wieso eigentlich? Hat England, als es,